

AntragstellerIn:

Name/Fachbereich/Gruppe
Hochschulpolitisches Referat

Antragsinhalt:

Die Vollversammlung möge beschließen,
eine universitätsweite, einheitliche Regelung der Anwesenheitspflicht durch den Senat zu erwirken. Diese soll auf Basis der in Punkt 3 im Grundsatzprogramm des Studierendenrates gefassten Beschlüsse erarbeitet werden. Maßgeblich für die Einführung einer Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen soll dabei das Kriterium der „Sicherung des Kompetenzerwerbs“ sein. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Studierende mit familiären Verpflichtungen sowie chronischer Krankheit und/oder Behinderung auch in Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht Ersatzleistungen erbringen können, sofern ihnen die regelmäßige Teilnahme nicht möglich ist. Zusätzlich soll eine Handreichung entwickelt werden, die alle Lehrenden und Studierenden über ihre Rechte und Pflichten bezüglich der Anwesenheitspflicht aufklärt.

Begründung:

Aus dem Grundsatzprogramm des Studierendenrats:

3. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, lehnen die Anwesenheitspflicht in ihrer momentan bestehenden Form ab. Bei Veranstaltungen wie Praktika, Exkursionen und Sicherheitsbelehrungen sehen wir die Notwendigkeit der Anwesenheitspflicht (80% der Präsenzzeit), bei anderen universitären Veranstaltungen fordern wir die Aufhebung.

Die Universität Freiburg verfügt aktuell über keine einheitliche Regelung der Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen. Dies führt zu unterschiedlichsten Bedingungen und Regulierungen je nach Institut oder Seminar und trägt zu willkürlichen Festsetzungen sowie Unsicherheit bei Studierenden wie Lehrenden bei. Gerade Studierende aus interdisziplinären Fächern unterliegen somit unterschiedlichsten Regelungen.

Eine Regulation der Anwesenheitspflicht muss gewährleisten, dass die Freiheit der Lehre und des Studiums angemessen berücksichtigt werden. Dies war und ist für die Universitätsleitung einer der Hauptgründe, auf eine einheitliche Regelung zu verzichten. Der Beschluss des Senats der PH Freiburg zu diesem Thema zeigt jedoch, dass eine einheitliche Regelung durchführbar ist und beiden Kriterien gerecht werden kann.

Eine Anwesenheitspflicht ist in den meisten Veranstaltungen aus verschiedenen Gründen unsinnig. Einerseits hängt der Lernerfolg, wie verschiedenste Studien zu diesem Thema zeigen, nur wenig von der Anwesenheit der Studierenden in Vorlesungen und Seminaren ab; keineswegs gewährleistet sie ein Bestehen von Prüfungen oder einen höheren Lerneffekt. Im Gegenteil wird

oftmals angeführt, dass selbstreguliertes Lernen einer der wesentlichen Bestandteile von erfolgreichem Lernen darstellt – vor allem dann, wenn Lernerfolg weiter gefasst wird als gute Noten zu haben. Andererseits berührt die Anwesenheitspflicht die Freiheit des Studiums sowie das informationelle Selbstbestimmungsrecht Studierender, da Anwesenheitskontrollen oftmals mit bedenklichen Datenerhebungen einhergehen.

Beim letztjährigen „Tag der Lehre und des Lernens“ der Uni Freiburg waren sich alle Teilnehmenden einer Podiumsdiskussion – darunter der Prorektor für Lehre der PH Freiburg, an der eine von uns geforderte Regelung teilweise gilt – darüber einig, dass eine Beschränkung der Anwesenheitspflicht keine Nachteile für Lehrende und Lernende mit sich bringt – dennoch wurde von Seiten der Universitätsleitung bisher keine einheitliche Regelung angestrebt.

Ausschlaggebend für die Einführung von Anwesenheitspflicht soll die „Sicherung des Kompetenzerwerbs“ sein. Darunter wird verstanden, dass die Kenntnisse und Kompetenzen **nur** durch regelmäßige Anwesenheit erworben werden können – beispielsweise bei Praktika, Laborversuchen oder Exkursionen. In allen weiteren Formaten können die Kenntnisse auch über ein Selbststudium erworben werden, weshalb eine Anwesenheitspflicht unnötig ist.

Schließlich werden Studierende mit familiären Verpflichtungen und chronischer Krankheit oder Behinderung oftmals Bedingungen unterworfen, die ihnen die regelmäßige Teilnahme an allen möglichen Formen von Lehrveranstaltungen erschweren. Hier muss eine Regelung gefunden werden, die es diesen Studierenden ermöglicht, Ersatzleistungen zu erbringen. Ein Verlust des Prüfungsanspruchs aufgrund dieser besonderen Konditionen muss dabei ausgeschlossen werden.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).